

Beschlüsse der 36. Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V.

- Ein zukunftsfähiges Niedersachsen braucht eine konsequente Klimapolitik!
Die niedersächsischen Jugendverbände sind KLIMAktiv!
- Für ein jugendgerechtes Niedersachsen!
Vier Forderungen an die neue Landesregierung
- Qualitative Jugendarbeit ist aktiver Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Die Schuldenbremse nicht in die Landesverfassung aufnehmen -
mit Generationengerechtigkeit hat sie nichts zu tun!

Beschluss der 36. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2013

Ein zukunftsfähiges Niedersachsen braucht eine konsequente Klimapolitik! Die niedersächsischen Jugendverbände sind KLIMAktiv!

Die neu gewählte Landesregierung hat Klimapolitik zu einem zentralen Handlungsfeld ihrer Arbeit erklärt. Die im Landesjugendring Niedersachsen e.V. zusammengeschlossenen Verbände haben schon lange erkannt, dass eine jugendgerechte Gesellschaft gleichzeitig bedeutet, eine lebenswerte Umwelt auch für zukünftige Generationen zu sichern. Klima- und Umweltschutz sind daher wichtige Arbeitsbereiche der Jugendarbeit.

Wir nehmen unsere Verantwortung ernst!

In vielen Zusammenhängen und auf unterschiedlichen Ebenen der Jugendverbandsarbeit wurde und wird immer wieder zum Thema Klima gearbeitet. Ob in Gruppenstunden, Umweltprojekten, internationalen Begegnungen mit ökologischen Schwerpunkten oder der emissionsarmen Durchführung von Lagern und Freizeiten - Jugendarbeit nutzt viele Möglichkeiten, Klimafreundlichkeit aufzugreifen und zu vermitteln. In den letzten Jahren haben wir mehrere Beschlüsse im Bereich „klimafreundliche Jugendarbeit“ gefasst und unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. So haben viele Geschäftsstellen nach dem Beschluss der Vollversammlung auf Ökostrom umgestellt, es wurden Bildungsmaterialien zur Umsetzung von klimafreundlicher Jugendarbeit erstellt, die Website nextklima.de gelauncht und vieles mehr. Auch bei der Ausstattung der Büros und Einrichtungen spielen Klimaaspekte heute häufig eine Rolle. Derzeit arbeiten wir verbandsübergreifend im Projekt KLIMAktiv daran, spezifische Methoden und Maßnahmen für eine klimafreundliche Jugendarbeit zu entwickeln. Dabei legen wir zugrunde, dass Jugendverbände unterschiedlich sind und somit unterschiedliche Zugänge zur Thematik benötigt werden. Gerade diese Vielfalt ist unsere Stärke - wir inspirieren und ergänzen uns gegenseitig und können voneinander lernen.

Auch Politik und Gesellschaft müssen Verantwortung übernehmen!

Deshalb fordern wir das Land Niedersachsen auf, Rahmenbedingungen für ein zukunftsfähiges Niedersachsen zu schaffen! Dazu gehört unter anderem:

- **Die konsequente Umsetzung der Energiewende!** Gerade Niedersachsen spielt beim Ausbau der regenerativen Energien eine zentrale Rolle. Hier gilt es z.B., auf Landesebene nachvollziehbare planungsrechtliche Grundlagen zu schaffen. Außerdem muss sich Niedersachsen im Bund für ein konsequentes Voranschreiten der Energiewende einsetzen. Kein Neubau von Kohlekraftwerken und anderen klimaschädlichen Energieformen!
- **Zukunftsfähige Verkehrspolitik!** Vor dem Hintergrund, dass die Fläche und die strukturschwachen Gebiete im Hinblick auf die Nahverkehrsversorgung stark vernachlässigt werden, muss sich die niedersächsische Landesregierung für einen zeitgemäßen, flexiblen und klimafreundlichen ÖPNV einsetzen! Busse, Bahnen und (Ruf-)Taxis müssen zu einem stimmigen Gesamtkonzept werden. Insbesondere Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, kostengünstig und klimaverträglich mobil zu sein.
- **Förderprogramm energetische Sanierung für Jugendverbands-Einrichtungen!** Verbandliche Bildungsstätten sind wichtige außerschulische Lernorte. Ihr Unterhalt und erst recht ihre klimafreundliche Sanierung sind für viele Verbände nicht finanzierbar. Hier muss das Land Beratung und in der Folge Fördermittel für eine energetische Sanierung bereitstellen. Die Sichtbarmachung dieser Investitionen in die Klimafreundlichkeit sollten dann in das Bildungskonzept der Einrichtungen aufgenommen werden.
- **Förderung von Leuchtturmprojekten:** Das Land sollte ein spezielles Förderprogramm für Klima-(freundliche) Projekte einrichten, die eine besondere Strahlkraft bezogen auf ihre jeweilige Zielgruppe haben. So könnten Jugendverbände und andere Akteur-inn-e-n dieses Thema weiter voranbringen und innovative Konzepte und Methoden entwickeln.
- **Anpassungen an prognostizierte Klimaveränderungen:** In der Stadt- und Landschaftsplanung müssen sich verändernde Klimabedingungen in Niedersachsen stärker berücksichtigt werden.
- **Öffentliche Aufträge:** Das Land sollte - wo möglich - Klimafaktoren bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen stärker berücksichtigen als bisher.

Beschluss der 36. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2013

Für ein jugendgerechtes Niedersachsen! Vier Forderungen an die neue Landesregierung

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. (LJR) begrüßt es, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihren Wahlprogrammen klare Bekenntnisse zur Jugendarbeit in Niedersachsen abgegeben haben. Diesen Bekenntnissen müssen nun Taten folgen. Daher fordern die Jugendverbände in Niedersachsen von der neuen niedersächsischen Landesregierung:

Eigenständige Jugendpolitik auf allen Ebenen stärken

Jugendpolitik muss als eigenständiges Politikfeld gestärkt werden und als Querschnittsthema etabliert werden. Eine eigenständige Jugendpolitik nimmt die Interessen von Kindern und Jugendlichen in den Blick und trägt dem hohen Stellenwert der Jugendphase für ein gelingendes Aufwachsen Rechnung. Sie muss auf allen politischen Ebenen betrieben und muss gemeinsam mit Jugendlichen und Jugendverbänden gestaltet werden. Dafür bedarf es einer starken, selbstorganisierten Lobby für Jugendliche, die gestärkt werden muss. Neben der jugendverbandlichen Interessenvertretung auf Landesebene bedarf es entsprechender Strukturen auch auf der kommunalen Ebene.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. begrüßt daher insbesondere, dass Bündnis 90/DieGrünen in ihrem Wahlprogramm die Forderung des LJR aufgegriffen haben, in jedem Landkreis eine „Regionalstelle für freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit“ einzurichten. Diese Regionalstellen müssen bei Jugendringen und Jugendverbänden angesiedelt werden.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert zudem alle Landtagsfraktionen auf, sich in der neuen Legislaturperiode an der Stärkung der eigenständigen Jugendpolitik zu beteiligen.

Kontinuierliche Arbeit durch zeitgemäße Jugendförderung sicherstellen

Auf der Landesebene muss die Jugendverbandsarbeit auch zukünftig über das Jugendförderungsgesetz abgesichert sein. Die Fördersätze für „Teilnahmetage“ müssen jedoch der Preissteigerung in den letzten 15 Jahren angepasst und entsprechend erhöht werden. Die zur Finanzierung notwendigen

Haushaltsmittel müssen zusätzlich - und nicht zu Lasten anderer Bereiche der Jugendarbeit - bereitgestellt werden. Darüber hinaus ist es unverzichtbar, dass auch auf der kommunalen Ebene finanzielle Mittel für die Förderung der Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Richtigerweise verweist die SPD in ihrem Wahlprogramm darauf, dass Jugendarbeit Bestandteil der Daseinsfürsorge und somit keine freiwillige Leistung ist. Kommunen sind daher in die Lage zu versetzen, ihre Verantwortung für die örtliche Jugendarbeit wahrzunehmen.

Das Land ist aufgefordert, im Zuge seiner Gesamtverantwortung dazu beizutragen, dass es in ganz Niedersachsen entsprechende Förderung und Unterstützung gibt, dass die Fachlichkeit gewahrt bleibt und dass freie und öffentliche Träger die notwendige Unterstützung erhalten.

Beteiligung junger Menschen verbessern

Der Landesjugendring Niedersachsen begrüßt die Ankündigung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, das Wahlalter auch bei Landtagswahlen zu senken. Dies darf aber nur ein Baustein für mehr Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen sein. Auch Kommunen müssen dabei unterstützt werden, Beteiligungsprojekte durchzuführen und zu verstetigen. Dabei sind die Chancen und Möglichkeiten digitaler Medien, die wichtiger Bestandteil jugendlicher Lebenswelten sind, zu berücksichtigen.

Die Jugendarbeit verfügt über Erfahrung und Methoden für die politische Beteiligung und die politische Bildung junger Menschen, die es zu nutzen und zu fördern gilt. Jugendverbände sind die „Werkstätten der Demokratie“, politische Bildung junger Menschen muss daher in den Strukturen der Jugendarbeit verankert und dort gestärkt werden.

Freiräume für junge Menschen

Junge Menschen brauchen Freiräume, in denen sie sich entfalten und ausprobieren können. Die Jugendphase ist viel mehr als nur die Vorbereitung auf die Arbeitswelt - neben Schule und Studium muss es Freiräume für selbstgestaltete Freizeit und ehrenamtliches Engagement geben.

Die Jugendverbände im Landesjugendring fordern daher von der neuen Landesregierung, die schulischen Lehrpläne zu entfrachten und zu modernisieren sowie die Vereinbarkeit von ehrenamtlichem Engagement mit Ausbildung, Studium und Arbeit zu verbessern.

Die im Landesjugendring Niedersachsen e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände begrüßen es außerordentlich, dass beide Parteien angekündigt haben, Jugendpolitik gemeinsam mit dem Landesjugendring weiterentwickeln zu wollen, und freuen sich auf die Zusammenarbeit in der neuen Legislaturperiode.

Beschluss der 36. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 02.03.2013

Qualitative Jugendarbeit ist aktiver Schutz von Kindern und Jugendlichen

Der Schutz des Kindeswohls ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings tragen von jeher aus Überzeugung und mit großer Professionalität zur Umsetzung dieser Aufgabe bei.

Öffentliche und freie Träger der Jugendarbeit sind durch das Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen - Bundeskinderschutzgesetz - aufgefordert und verpflichtet.

Die im BKiSchG geforderte Einsicht in erweiterte Führungszeugnisse für ehrenamtlich tätige Personen sind unserer Meinung nach maximal ein sekundäres Mittel der Absicherung, das (nur) in ausgewählten Fällen ein Baustein im Gesamtkonzept des Schutzes des Kindeswohles darstellen kann.

Deshalb fordern die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings die öffentlichen Träger der Jugendhilfe auf, beim Schutz des Kindeswohls nicht nur die formellen Bedingungen des Bundeskinderschutzgesetzes umzusetzen, sondern die weitergehenden fachlichen Einschätzungen des Landesbeirats für Jugendarbeit zu berücksichtigen und Prävention, Sensibilisierung sowie die Fortbildung von ehren- und hauptamtlichen Akteur-inn-en in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu unterstützen.

Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung, Programme zur Sensibilisierung und Prävention sowie die anfallenden verwaltungstechnischen Mehraufwendungen müssen fördertechisch abgesichert sein.

Beschluss der 36. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2013

Die Schuldenbremse nicht in die Landesverfassung aufnehmen - mit Generationengerechtigkeit hat sie nichts zu tun!

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnt die geplante Aufnahme der „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung ab. Unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Umständen hält er aber eine Aufnahme der Schuldenbremse in die Landeshaushaltsordnung für sinnvoll, um die grundgesetzlichen Ausnahmeregelungen in Anspruch nehmen zu können

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. hält einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Finanzmitteln für unabdingbar. Das enorme Ausmaß staatlicher Verschuldung darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die Schuldenbremse aber ist das falsche Instrument, um mit der hohen öffentlichen Verschuldung umzugehen. Sie wird keine Schulden bremsen. Sie bremst die Zukunft aus, da sie den finanziellen Handlungsspielraum und die Handlungsfähigkeit Niedersachsens massiv einschränkt und so entsprechend auch die Jugendarbeit einschließlich der Jugendverbandsarbeit betreffen kann.

Die desolante Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland und Niedersachsen ist jedoch nicht auf zu hohe Ausgaben, sondern auf zu geringe Einnahmen zurückzuführen. Eine Politik, die auf höhere Einnahmen der öffentlichen Haushalte zielt, hat mit Generationengerechtigkeit und verantwortungsvoller Finanzpolitik viel zu tun - die „Schuldenbremse“ hingegen droht diese Prinzipien gleich in mehrfacher Hinsicht zu verletzen:

- Sollten Bildungsausgaben heute unterbleiben, werden die Menschen morgen darunter zu leiden haben. Ihre individuellen Bildungschancen sinken ebenso wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ganzen Gesellschaft. Die „Schuldenbremse“ aber gefährdet Bildungsausgaben von der Krippe über Schule und Hochschule bis zur Weiterbildung.
- Sollten heute wichtige Investitionen in die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft unterbleiben, so hinterlassen wir den nachkommenden Generationen eine zerstörte Umwelt und eine wenig lebenswerte Erde.
- Die Gefahr ist groß, dass die durch die „Schuldenbremse“ zu erwartenden Kürzungen zu Lasten der ohnehin Benachteiligten gehen - auch und gerade junge Menschen wären dann betroffen: junge arme Menschen, junge Menschen mit Behinderung, junge Erwerbslose, junge Menschen in prekärer Beschäftigung, Kinder alleinerziehender Mütter und Väter oder junge Migrantinnen und Migranten. Den nachkommenden Generationen würden hierdurch soziale Verwerfungen hinterlassen und zerrüttete Biografien aufgezwungen.

Wir fordern die Landesregierung und den Landtag Niedersachsens daher auf,

- die „Schuldenbremse“ nicht in die Landesverfassung aufzunehmen, sondern sie in der Landeshaushaltsordnung zu verankern,
- bei der Umsetzung der Schuldenbremse die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu wahren und gute schulische und außerschulische Bildung und Ausbildung ausreichend zu finanzieren,
- Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld zu stärken und auch hierfür die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen,
- sich für eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Haushalte durch eine Erhöhung der Einnahmen einzusetzen, die auf einer stärkeren Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und Unternehmensgewinne beruht.